

**Margarete Schramböck
Bundesministerin**

GZ: BMDW-10.252/0001-IM/2018

zur Veröffentlichung bestimmt

4/15

Vortrag an den Ministerrat

Betreffend Digitalisierung und die Einrichtung einer Plattform oesterreich.gv.at für Online-Amtswege

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche für Bürgerinnen und Bürger schreitet unaufhörlich fort. Neben dem Ausbau der Breitband- und 5G Versorgung steht vor allem auch die Benutzerfreundlichkeit von digitalen Applikationen im Mittelpunkt für Bürgerinnen und Bürger.

Der Bund hat derzeit unterschiedliche Applikationen für Bürgerinnen und Bürger im Einsatz. Diese weisen verschiedene Benutzeroberflächen mit unterschiedlichen Funktionen auf und sind nur beschränkt für mobile Endgeräte kompatibel. Die Marktdurchdringung von Smartphones hat in Österreich mittlerweile 94% erreicht.

Es soll eine einheitliche zentrale Online-Plattform oesterreich.gv.at als Angebot für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden, um einfach auf die gängigsten, bereits bestehenden Verwaltungsapplikationen wie etwa auf das Bürgerserviceportal (help.gv.at), das Unternehmensserviceportal (usp.gv.at) oder das Rechtsinformationssystem (ris.bka.gv.at) zentral, einheitlich zugreifen zu können. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob mittelfristig die 10 von Bürgerinnen und Bürgern am häufigsten Lebenssituationen und Verwaltungsleistungen (wie zum Beispiel Beantragung eines Reisepasses, Änderungen im Melderegister, Änderung im Kraftfahrzeugsregister und Beantragung einer Staatsbürgerschaft) in dieser Plattform online zugänglich gemacht werden können. In weiterer Folge sollen jene Amtswege die digitalisierbar sind, auch in digitaler Form zur

Verfügung stehen. Daneben wird das Integrieren eines elektronischen Personalausweises evaluiert.

Bei der Entwicklung dieser Online-Plattform sollen insbesondere erleichterte Zugangsmodalitäten (Single-Sign-On), Benutzerfreundlichkeit sowie die Kompatibilität mit unterschiedlichen mobilen Endgeräten im Fokus stehen. Angesichts der inzwischen hohen Dichte an mobilen Endgeräten insbesondere Smartphones hat sich die Nutzung massiv in Richtung mobiler Anwendung verschoben. Um in Europa wieder ganz an die Spitze zu kommen, ist es daher notwendig die Verwaltung von „electronic“-Government zu „mobile“-Government weiterzuentwickeln.

Damit Bürgerinnen und Bürger für sie wesentliche Informationen und Applikationen auf dieser neuen zentralen Plattform verfügbar haben, werden weitere Plattformen wie jene von beispielsweise FinanzOnline, Pensionsversicherungsanstalten, Bildungseinrichtungen angebunden, um ihre Services einzubringen. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Steuern, Pensionen, Förderungen und Bildung sowie Angebote anderer Gebietskörperschaften, denkbar sind auch Services aus Dienstleistungsbereichen wie Bankwesen und Versicherungen.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort soll unter Einbindung der für die jeweiligen Amtswege fachlich zuständigen Ressorts und unter Einhaltung der oben genannten Parameter eine einheitliche Online-Plattform für die wichtigsten Amtswege unter oesterreich.gv.at aufbauen. Ein erster Prototyp wird im 3. Quartal 2018 vorgestellt, der Betrieb der Plattform soll im 1. Halbjahr 2019 erfolgen und unter Einbindung der zuständigen Ressorts sowie unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stetig weiterentwickelt werden.

12. Jänner 2018

Margarete Schramböck